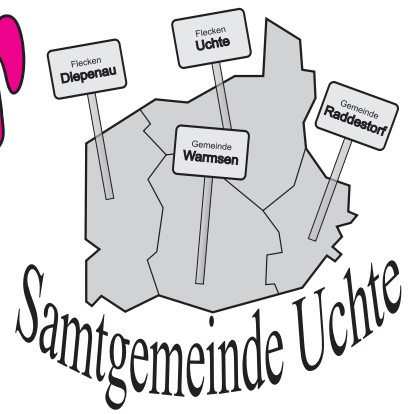


GLASKLAR



Nr.3

Zeitung der SPD für die Samtgemeinde Uchte

Juni 1999



Der SPD-Stand bei Kieken un Köpen am Sonntagmorgen

Am Samstag waren schon sehr viele Korken zusammengekommen.

Kieken un köpen 1999

Raddestorf/Warmsen (rw) Auch im Jahr 1999 beteiligten sich die SPD-Abteilungen Raddestorf und Warmsen mit einem Stand an der Gewerbeschau "Kieken un Köpen".

Unser Ziel ist unser Motto: "Demokratie braucht informierte Bürger". Wir wollen für die Bürgerinnen und Bürger stets ein guter und verlässlicher Ansprechpartner sein. Aus diesem Grund sind auch hochrangige Politiker nach Großenvörde gekommen. So waren der Europaabgeordnete Bernd Lange, unser Bundestagsabgeordnete Sebastian Edathy und die Landtagsabgeordnete Marie-Luise Hemme unserer Einladung gefolgt, um mit Ihnen und Euch über aktuelle Themen zu sprechen.

In der Weihnachtsausgabe von GLASKLAR hatten die SPD-Abteilungen Raddestorf und Warmsen die Bevölkerung aufgerufen, Kor-

ken für ein Reha-Zentrum zu sammeln. Wie man auf dem Foto gut erkennen kann, war bereits am Samstag ein großer Sack voll zusammen gekommen. Bis Ende Mai wurden immer noch kleine Beutel mit Korken bei uns abgegeben. Vielen Dank für Ihre und Eure Mithilfe!

Das Schätzen des Gewichtes eines Schinkens während der Gewerbeschau entwickelt sich nun schon zur Tradition. Weit über 250 Besucher haben versucht, das tatsächliche Gewicht von genau 8640g durch Anheben oder auch bloßes Betrachten herauszufinden. Außerdem galt es drei Fragen zum Europäischen Parlament richtig zu beantworten.

Mit den drei richtigen Antworten und nur 10g Abstand zum tatsächlichen Gewicht war Herr August Kölling aus Halle der glückliche Gewinner. Glücklicherweise im wahrsten Sinne des Wortes, denn mit 8660g und 8662g waren ihm andere Besucher dicht auf den Fersen.

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

nun, wo Sie die neue Ausgabe der Zeitung „GLASKLAR“ in Händen halten, denken Sie sicherlich an die bevorstehende Europawahl am 13. Juni 1999. - Das ist auch richtig so!

Der politische Neuanfang in Europa ist spürbar. In elf europäischen Ländern regieren mittlerweile Sozialdemokraten.

Durch den politischen Wechsel auf dem Kontinent haben wir am Ende dieses Jahrtausends die einmalige Chance, Europa im Interesse der Menschen zu gestalten und an die Anforderungen des 21. Jahrhunderts anzupassen.

Am 13. Juni ist Europawahl. Ich bitte Sie, auch hier Gerhard Schröder im Hinblick auf das schon geleistete und für seine zukünftige Politik den Rücken zu stärken.

Mark Westermann,
SPD-Ortsverein Uchte

Kraftwerksbesichtigung

SG Uchte (rw) Der SPD-Ortsverein Uchte lädt alle interessierten Bürgerinnen und Bürger zum 7. Juli 1999 ab 17⁰⁰ Uhr zur Besichtigung des Kraftwerks Heyden in Lahde ein.

Das Steinkohle-Kraftwerk Heyden gehört zum PreussenElektra-Konzern. Die Debatten um den Atomausstieg und die Energiepolitik im Allgemeinen haben uns veranlaßt, uns über die Stromerzeugung und Stromversorgung zu informieren.

Da die Teilnehmerzahl auf 50 Personen beschränkt ist, bitten wir um Ihre und Eure Anmeldungen bis zum 30. Juni 1999 bei Rolf Wesemann (05763) 738 oder den Abteilungsvorsitzenden.



Bernd Lange,
Mitglied im Europäischen Parlament

Das aktuelle Interview

Der Europaabgeordnete Bernd Lange im Gespräch mit Glasklar

GLASKLAR: Bernd, Du warst die letzten fünf Jahre Abgeordneter im Europäischen Parlament und kandidierst jetzt wieder. Warum?

Bernd Lange: Weil ich festgestellt habe, daß ich in diesem Parlament große Gestaltungsmöglichkeiten habe. Ich hab mich zum einen schwerpunktmäßig um den Themenbereich "Auto, Umwelt, Mobilität" gekümmert - z.B. um die Frage, wie können Autos umweltgerechter fahren und was können wir dafür in Europa tun? Die Antworten darauf finden sich in konkreten Gesetzgebungsverfahren und Initiativen der EU wieder, bei denen wir versucht haben, die Interessen der Bürgerinnen und Bürger nach individueller Mobilität und besserer Luft unter einen Hut zu bringen. Damit werden Arbeitsplätze in der Automobilindustrie gesichert und gleichzeitig umweltgerechter Verkehr ermöglicht. Zum anderen habe ich bei der Aufstellung des neuen Forschungsprogramms der EU aktiv mitgewirkt.

GLASKLAR: Was würdest Du als den größten Erfolg Deiner bisherigen Arbeit bezeichnen?

Bernd Lange: Das war sicherlich, als sich das Parlament in vielen Punkten bei der Gesetzgebung für die Abgasgrenzwerte für Pkw durchgesetzt hat. Als Berichterstatter für die-

ses Thema habe ich eine Menge Zeit und Energie in dieses Verfahren gesteckt. Da ist es ein wirklicher großer Erfolg, wenn am Ende aus den Änderungsanträgen ein Gesetzestext wird. Zukünftig werden Autos 70% weniger Schadstoffe abgeben, so daß die Luft ab 2005 - trotz steigendem Verkehrsaufkommen - deutlich sauberer wird. Durch aktive Nutzung seiner Möglichkeiten hat das Europäische Parlament ganz entschieden dazu beigetragen, daß sich das Problem der Luftverschmutzung durch Autoabgase eigentlich erledigt hat.

GLASKLAR: Europa schafft Arbeit, aber wie?

Bernd Lange: Die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit ist seit dem Gipfel in Luxemburg 1997 fester Bestandteil der europäischen Politik. Dabei geht es vor allem um den Austausch erfolgreicher Modelle zur Schaffung von Beschäftigung und um die Verabredung verbindlicher Ziele in allen Mitgliedstaaten der EU, wie zum Beispiel für arbeitslose Jugendliche, die EU-weit nicht länger als sechs Monate ohne Ausbildung oder Job sein sollen. Außerdem ist die Koordination der Wirtschafts- und Steuerpolitik wichtig. Wenn wir uns in Europa nicht mehr gegenseitig Konkurrenz machen, sichern wir Arbeitsplätze und etablieren Europa als Standort für qualitativ hochwertige Produktion mit sozialer Sicherheit.

GLASKLAR: Der EURO ist jetzt da, und wie sieht die weitere Zukunft Europas aus? Welche Fragen müssen in den nächsten Jahren angegangen werden?

Bernd Lange: Das Modell Europa muß in demokratischer und sozialer Hinsicht deutlich ausgebaut werden. Wir müssen uns stärker den sozialen und beschäftigungspolitischen Themen stellen, damit es durch die Wirtschafts- und Währungsunion keine Schieflage in Europa gibt. Außerdem sind die Fragen der Erweiterung der Kompetenzen des Parlamentes und die Etablierung der Mehrheitsentscheidung im Ministerrat entscheidend für die demokratische Weiterentwicklung der EU. Aber auch eine verstärkte, demokratisch legitimierte Kooperation in der Außen- und Sicherheitspolitik und die entschiedene Bekämpfung der organisierten Kriminalität in Europa im Bereich der Innen- und Rechtspolitik stehen auf der europäischen Tagesordnung.

GLASKLAR: Inwiefern kümmert sich Europa um die Belange Jugendlicher und junger Menschen?

Bernd Lange: Das fest definierte Ziele der Verringerung der Jugendarbeitslosigkeit habe ich bereits erwähnt. Darüber hinaus fördert die EU den Austausch von Schülerinnen und

Schülern oder Auszubildenden innerhalb der Mitgliedstaaten der EU oder gibt Studierenden die Möglichkeit, eine Zeit lang im europäischen Ausland zu studieren. Diese individuellen Erfahrungen sind besonders wichtig, weil wir so die Toleranz gegenüber anderen Kulturen stärken und gleichzeitig die praktische Anwendung von Sprachkenntnissen fördern können. Das Europäische Parlament setzt sich in dieser Hinsicht vor allem dafür ein, daß nicht die Größe des Geldbeutels der Eltern für die Möglichkeit zum Austausch verantwortlich ist. Die europäische Förderung muß daher immer daran orientiert sein, die sozial Schwächeren in den Prozeß der europäischen Integration einzubeziehen.

GLASKLAR: Wie spiegeln sich die Interessen Niedersachsens in Europa wider?

Bernd Lange: In letzter Zeit wird beispielsweise sehr viel über die Agenda 2000 und die Reform der Strukturfonds geredet. Dabei sind niedersächsische Interessen unmittelbar betroffen. Niedersachsen hat im Zeitraum 1994-99 ca. 1,2 Mrd. DM aus den Strukturfonds erhalten. Davon wurde zum Beispiel Maßnahmen zur Tourismusförderung in Nienburg und Lüchow-Dannenberg oder soziale Betriebe in Hannover (immer mit einer Kofinanzierung durch das Land Niedersachsen) finanziert. Wenn es jetzt bei der Reform darum geht, die Mittel stärker auf bedürftige Regionen zu konzentrieren, sollte klar sein, daß nationale und europäische Förderung einhergehen und gerade die strukturschwächsten Regionen in Niedersachsen besonders gefördert werden müssen.

GLASKLAR: Was möchtest Du den Wählerinnen und Wählern zur Europawahl am 13. Juni 1999 mit auf den Weg geben?

Bernd Lange: Das wichtigste ist sicherlich: Auf jeden Fall wählen gehen, weil damit das Europäische Parlament als einziges Gremium in der EU, das direkt von der Bevölkerung gewählt wird, gestärkt wird. Und dann natürlich SPD wählen, weil die Sozialdemokraten im Europäischen Parlament für soziale Gerechtigkeit und die Interessen der Bürgerinnen und Bürger kämpfen. Und danach dann am besten den hoffentlich sonnigen Sonntag mit italienischem Eis, belgischen Waffeln oder dänischen Hot Dogs genießen.





Kinder der Ferienpaßaktion 1998 zu Besuch bei der Feuerwehr

Baugebiet in Warmsen

Warmsen (hjb) Im Baugebiet „Meierhof II“ werden zur Zeit die geplanten 45 Bauplätze vermessen. Der Ausbau der Zufahrtstraße als Baustraße sowie die Erschließung mit Ver- und Entsorgungsleitungen befinden sich ebenfalls in Arbeit.

Es sind schon einige Bauplätze verkauft. Wer Interesse an einem Grundstück hat wendet sich bitte an die Verwaltung in Uchte (05763) 183-0.

Blitzlicht

Bohnhorst (hjb) Im Baugebiet „Am Horstweg“ sind alle Grundstücke verkauft. Die Vorbereitungen für ein weiteres Baugebiet „Am Horstweg II“ laufen auf vollen Touren.

Blitzlicht

Haselhorn (hjb) Der Dörpsverein hat den Teich saniert und einen Fußweg angelegt. Desweiteren soll eine Solarlampe aufgestellt werden, um die Bushaltestelle auszuleuchten.

Die Gewinner

Warmsen (ker) Die SPD-Abteilung Warmsen veranstaltete am 5. Februar in der Gaststätte Hartmann einen Preisdoppelkopf. Zahlreiche Teilnehmer kämpften um die Preise. Jürgen Wilke (1. Platz), Walter Wesemann (2. Platz) und Giesela Wilke (3. Platz) führten während der Siegerehrung das Feld an. Als Preise standen u.a. eine 3-tägige Fahrt zum Bundestag nach Bonn, Bargeld in Höhe von DM 200 sowie viele Fleischpreise zur Auswahl.



Schade...

Raddestorf (rw) 23 Jahre lang war er für die SPD im Rat der Gemeinde Raddestorf tätig: Heinrich Biermann. Zum 1. April 1999 hat er das Mandat aus gesundheitlichen Gründen niedergelegt. An dieser Stelle möchten wir ihm für sein unermüdliches Engagement danken. Immer wieder hat er die Fraktions- und Ratsarbeit mit guten Ideen und seiner langjährigen Erfahrung bereichert. Damit hat er sich nicht nur in den eigenen Reihen, sondern auch beim politischen Gegner, einen guten Namen gemacht.

Eines aber zeichnet Heinrich Biermann besonders aus: Er hat stets das Wohl der gesamten Gemeinde im Blick. Die Gleichbehandlung der Bürgerinnen und Bürger sowie der einzelnen Ortsteile mit ihren Vereinen ist ihm wichtig und dieses Prinzip will die SPD-Fraktion beibehalten! Während der Ratssitzung am 23. März wurde Heinrich Biermann aus dem Rat verabschiedet und Günter Meier als Nachfolger in sein Amt eingeführt. Wir wünschen Heinrich Biermann alles Gute und danken ihm nochmals für die geleistete Arbeit!

Ferienpaß 1999

Uchte (ks, jpb) Die Ferienpaßaktion ist in der Gemeinde Uchte zu einer festen Größe geworden. Im letzten Sommer machten Privatpersonen, Geschäftsleute, Vereine und Verbände durch ihre großzügige Unterstützung einen Neuanfang möglich.

Die Mischung aus Aktionen in kleinen Gruppen von etwa 20 Kindern und größeren Veranstaltungen von 70 und mehr Teilnehmern kam gut an. Spiel, Spaß und Spannung waren garantiert und interessante Ideen wurden engagiert umgesetzt. Die große Beteiligung und die positive Resonanz bewogen den Uchter Gemeinderat in diesem Jahr einen Betrag in Höhe von 1000,- DM (das sind 511,30 Euro) für die Ferienpaßaktivitäten zur Verfügung zu stellen.

Die Zahl der Verbände und Vereine, die Veranstaltungen in den Ferien anbieten, ist in diesem Jahr angestiegen. Auf diese Weise können die Nachwuchssorgen schon sehr früh behoben werden, da das Alter der Ferienpaßkinder zwischen 6 und 14 Jahren liegt. Besonders die Polizei dürfte aus dieser Generation regen Zulauf erhalten, da die tollen Motorräder große Begeisterung hervorriefen. Die Bilder der zukünftigen Kradfahrer aus der Ferienpaßaktion 1998 können noch beim Polizeirevier Uchte abgeholt werden!!

Die Ferienpaßaktion 1999 beginnt am 24. Juli mit einer Eröffnungsfeier im MÜZE. Besuche bei der Feuerwehr oder beim Angelverein, Planwagenfahrten oder auch Aktivitäten anderer Art wie Pizza backen oder das Bauen von Nistkästen, um nur einige Punkte aus dem vielfältigen Angebot zu nennen, laden alle Kinder aus „Nah und Fern“ zum Mitmachen ein.

Alle Beteiligten einigt die Überzeugung, daß es sich immer lohnt, sich für unsere Kinder einzusetzen. In der heutigen „Ellenbogengesellschaft“ brauchen gerade die Schwächsten eine starke Lobby!

Fahrradtour

Diepenau (wk) Die diesjährige Fahrradtour der SPD-Abteilung Diepenau startet am 22. August 1999 um 11⁰⁰ Uhr am Bahnhof in Lavelosloh. Wir fahren mit der Museumseisenbahn nach Uchte und von dort mit den Fahrrädern weiter. Der Abschluß ist beim Spieker in Nordel. Der Heimatverein veranstaltet dort einen Backtag. Anmeldungen nimmt Wolfgang Kehlbeck unter (05777) 555 bis zum 18. August 1999 entgegen.

Deutsche als Bürger Europas

(jpb) Goethe besaß einen Doppelpaß. Er war thüringischer Staatsbürger und behielt den Paß der Freien Reichsstadt Frankfurt. Der Grund war nicht seine multikulturelle Gesinnung sondern schnöder Mammon. Um nach dem Tod seiner Eltern an das Familienvermögen, Geld und Immobilien, heranzukommen, mußte er Frankfurter bleiben. Das Deutsche Reich von 1871 war ein föderalistischer Staat, der der thüringischen, bayrischen, sächsischen sowie der preußischen Staatsangehörigkeit lediglich eine deutsche Reichsangehörigkeit aufsetzte. Innerhalb des Reiches hatte der Staatsbürger eines deutschen Staates Anspruch darauf, in die Staatsbürgerschaft eines anderen deutschen Staates aufgenommen zu werden.

Seit der Verabschiedung des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes von 1913 war das deutsche Staatsangehörigkeitsrecht praktisch unverändert geblieben und vor allem dem Abstammungsprinzip verpflichtet. In vielen Köpfen hatte sich die stillschweigende Annahme der Unveränderlichkeit von Abstammungsgemeinschaften festgesetzt und die Unterstellung, daß eine innere Bindung an den Staat nur über eine gemeinsame Abstammung möglich sei.

Diejenigen, die nicht über diese Abstammung verfügten, waren damit ausgegrenzt. Heute ist es rechtlich völlig bedeutungslos, ob die Inhaber deutscher Pässe aus Sachsen, Bayern oder Hessen kommen. Die deutsche Staatsangehörigkeit ist also eine Funktion politischer Entscheidungen, genauso wandlungsfähig wie in anderen europäischen Ländern, eine Reaktion auf konkrete Probleme und Bedürfnisse in den jeweiligen Epochen der Geschichte. Die alten Ideen der homogenen deutschen Kulturnation und der Deutschen als Schicksalsgemeinschaft gehören in den Müllleimer der Geschichte.

Im Rahmen eines Europas, das über die Einführung des Euro hinausgeht, muß auch eine Einigung in der Frage der Staatsangehörigkeit angestrebt werden. Im Augenblick gibt es ein breites Spektrum, das von problemloser Mehrstaatigkeit bis zur Einstaatigkeit reicht; mit unterschiedlichen Mischungsverhältnissen von Abstammungs- und Territorialprinzip.

Länder mit einer langjährigen demokratischen Tradition und kolonialer Vergangenheit wie England und Frankreich haben weniger Probleme mit der Anerkennung von Doppel- oder Mehrstaatigkeiten.

„Wo man zur Welt kommt, dafür kann man nichts“, heißt es, „wohl aber für den Ort; wo man stirbt!“ Leider wurde in dem Reformkompromiß des deutschen Staatsangehörigkeitsrechtes auf die erweiterte Zulassung von Mehrstaatigkeit für die Zuwanderer der ersten und zweiten Generation verzichtet, und damit ein wichtiger Schritt in Richtung auf die europäische Harmonisierung unterlassen. Aber immerhin wurde das bisher ausschließlich geltende Abstammungsprinzip durch das Territorialprinzip ergänzt. Es ist ein Schritt in die richtige Richtung, dem nun dringend weitere Schritte folgen müssen. Wir wollen hoffen, daß diese nicht wieder 86 Jahre auf sich warten lassen.

Verlässliche Grundschule

Sicherung der Unterrichtsversorgung

SG Uchte (kh) am 19. und 20. April 1999 traf sich die SPD-Landtagsfraktion in Wilhelms- hafen, um die Eckpunkte für die „Verlässliche Grundschule“ (VGS) festzulegen.

Dabei wurde festgelegt, daß die VGS täglich fünf Zeitstunden umfaßt. Entsprechend der Stundentafel werden die VGS zu 100% mit Lehrkräften zur Unterrichtserteilung versorgt. Es werden Betreuungszeiten mit dafür geeigneten Kräften angeboten und für die 3. und 4. Klassen die Stundentafeln um 2 Wochenstunden für Fremdsprachen erweitert. Um vor

kurzfristigen Unterrichtsausfällen zu schützen, wird eine fünf prozentige Vertretungsreserve vorgehalten. Um langfristige Ausfälle zu verhindern, wird der Einsatz von Springer- und Feuerwehrlehrkräften gründlich überarbeitet.

Angestrebt wird die flächendeckende Einführung der VGS innerhalb der kommenden fünf Jahre. Die kommunalen Schulträger sind nun aufgefordert, über die Umsetzung dieses Konzeptes in ihrem gesamten Zuständigkeitsbereich zu entscheiden und die entsprechenden Anträge zu stellen.

Dabei kann der Schulträger in seinem Antrag unterschiedliche Termine zur Einführung der VGS für die einzelnen Standorte vorsehen. Diese Staffelung soll jedoch nach fünf Jahren abgeschlossen sein.

Um die erforderlichen zusätzlichen Unterrichts- und Betreuungsleistungen von ca. 2000 Vollzeitlehreereinheiten (VZLE) aufbringen zu können, sind bereits 1000 VZLE als zusätzliche Finanzmittel ab 2001 eingeplant. Weitere 500 VZLE werden in der mittelfristigen Planung erwirtschaftet und durch die stufenweise Einbeziehung der Vollen Halbtags- schulen werden weitere 500 VZLE zur Verfügung stehen.

Für die Grundschulen innerhalb der Samtgemeinde Uchte kann sich demnach die Unterrichtsversorgung nur verbessern!



Die Grundschule Uchte

Soll die samtgemeindeweite Umstellung zur Verlässlichen Grundschule erfolgen?

DGB - Arbeitskreis Uchte

Uchte (*ks*) Zunächst möchten wir uns bei der „GLASKLAR- Redaktion bedanken, daß sie uns die Möglichkeit einer Selbstdarstellung gibt. Der SPD-Ortsverein Uchte hat uns bei unseren Veranstaltungen immer unterstützt. Auch dafür unser Dank.

Der DGB-Arbeitskreis Uchte hat in diesem Winterhalbjahr guten Zuspruch erfahren. Mit Veranstaltungen zu Themen wie „Die Jugendarbeitslosigkeit“ oder „Der EURO und der Arbeitsmarkt“ wurden dank der hochkarätigen Referenten aus Politik, Wirtschaft und Verwaltung informative Abende angeboten.

Zusammenfassend kann man sagen: es besteht wieder mehr Interesse an der Arbeit der Gewerkschaften. Das wird besonders an der Zahl der Neueintritte deutlich. Ich glaube sagen zu können, daß die Betreuung vor Ort wesentlich dazu beigetragen hat.

In diesem Jahr beginnen unsere Vortragsabende am 22. September 1999 - natürlich wieder mit aktuellen Themen. Wir würden uns freuen, wieder neue Kolleginnen und Kollegen begrüßen zu können. Selbstverständlich stehen die Türen zu den Veranstaltungen auch Nichtmitgliedern offen.

Wer Interesse an einer Mitarbeit oder Fragen zur Gewerkschaft hat, kann sich telefonisch an Peter Hildebrandt (05763) 1250 oder Klaus Seidemarn (05763) 1455 wenden!

Schmeer's Wiese wird erschlossen

Diepenau/Lavelshoh (*gl*) Im Diepenauer Ortsteil Lavelshoh wird momentan das neue Baugebiet „Schmeer's Wiese“ mit mehr als 40 Bauplätzen erschlossen. Die Kosten für den erforderlichen Straßenbau, Entwässerung, Kanalbau, Gas- und Stromversorgung sowie Telekommunikation betragen über 2 Mio. DM. Es ist jedoch schon heute abzusehen, daß diese Investitionen sich schnell amortisieren, denn die ersten Bauplätze sind dort schon vergeben. Für Interessierte bietet der Flecken Diepenau die Bauplätze voll erschlossen zum Preis von 49,50 DM/m² plus Kanalbeitrag an.

Um eine sichere Verkehrsanbindung dieses neuen Baugebietes sowie des Baugebietes „Neuer Knick“ zu gewährleisten, plant der Flecken Diepenau in diesem Bereich den Bau eines kombinierten Fuß- und Radweges in Richtung Amtshof.

Es ist doch traurig!

Raddestorf/Warmsen (*rw*) Die CDU war ebenfalls auf der Gewerbeschau „Kieken un Köpen“ vertreten. Das allein ist jedoch noch lange kein Grund, traurig zu sein. Macht doch die Meinungsvielfalt die Demokratie erst lebendig! Nein, traurig ist es, daß die Christlich Demokratische Union Unterschriften gegen die Reform des Staatsbürgerschaftsrechts gesammelt hat und immer noch sammelt. Dies ist umso erstaunlicher, da in dieser Frage mit der FDP eine Lösung erarbeitet wurde und so von der Opposition mitgetragen wird. Scheinbar hat die CDU das Diskussionsende verschlafen!

In den Tagen nach der Gewerbeschau habe ich dann erfahren, daß ganz gezielt 16 bis 17jährige Jugendliche aufgefordert wurden, diese Listen zu unterschreiben. Das muß man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen: Eben diese Partei, die CDU, hat sich bei uns in Niedersachsen gegen die Herabsetzung des Wahlalters auf 16 Jahre gesträubt, sammelt aber nun fleißig und gezielt(!) Unterschriften in dieser Altersgruppe. Wie glaubwürdig ist die Politik der CDU?

Es stellen sich aber noch weitere Fragen, deren Beantwortung ich jedem selbst überlassen möchte:

Haben wir aus unserer Geschichte nichts gelernt? Soll unsere Gesellschaft nicht zusammenwachsen? Sollen der Rassenhaß und die Übergriffe auf Asylbewerberheime weiter zunehmen? Warum sollen die seit Jahren in Deutschland lebenden Menschen, denn es geht hier um Menschen, nicht ein fester Bestandteil der Gesellschaft werden?

Geht es Deutschland etwa schlecht? Haben nicht viele derer, die dieses Gesetz überhaupt betrifft, bzw. deren Vorfahren am Wirtschaftswunder Deutschland mitgewirkt? Straffreiheit und die Unabhängigkeit von Sozialkassen ist eine Grundvoraussetzung zur Erlangung der deutschen Staatsbürgerschaft, so ist es in dem Gesetzentwurf vorgesehen. Haben diese Leute nicht das Recht ihren Lebensraum mitzugestalten? Werden mit der deutschen Staatsangehörigkeit nur die Rechte, z.B. das Wahlrecht, erweitert oder sind damit auch Pflichten, wie z.B. der Wehr oder Ersatzdienst, verbunden?

Meiner Meinung nach ist ein solches Verhalten seitens der CDU weder christlich noch demokratisch! Mit welchem Anspruch also nennt sich diese Partei CDU?

Freibadsanierung Uchte 2. Bauabschnitt

SG Uchte (*gl*) In der letzten Sitzung des Projektausschusses zur Sanierung des Uchter Freibades stand eine grundlegende Frage im Vordergrund: Entweder Sanierung des bestehenden Bades in der jetzigen Form incl. Betonunterbau, Fliesen, neuer Wasserführung etc. für ca. 6 Mio. DM oder kompletter Umbau mit einer Reduzierung der Wasserfläche auf das erforderliche Maß für ein zu erwartendes Besuchervolumen von max. 50000 Gästen pro Saison. Die Kosten hierfür werden auf ca. 3,5 Mio. DM veranschlagt.

Die Hauptgründe für die nach Abschluß der Badesaison 2000 geplante Totalsanierung sind im wesentlichen folgende:

- verschlissene Dichtungsbahnen zwischen den Betonelementen mit daraus resultierendem Wasserverlust
- verbesserte Durchströmung des Beckens zur Reduzierung der Infektionsgefahr
- geforderter Einbau einer dem heutigen Stand entsprechender Filtertechnik in Abhängigkeit von der Wasseroberfläche
- erforderliche Sanierung der Beckenköpfe incl. Verfließung

Der Projektausschuß unter der Leitung von Jürgen Sievers (SPD) favorisierte einstimmig eine Verkleinerung der Wasseroberfläche von jetzt insgesamt ca. 2100m² auf ca. 1400m² mit Verkürzung der Schwimmbahn auf 25m. Die neuen Becken sollen als Edelstahlbecken (V4A) ausgeführt werden, da dies die kostengünstigste Lösung ist. Im Nichtschwimmbereich sollen einige Attraktionen installiert werden, um dem heute geforderten Erlebnisbad näherzukommen.

Bevor eine endgültige Entscheidung seitens des Samtgemeinderates getroffen wird, werden einige Bäder mit vergleichbarem Sanierungsaufwand in der näheren Umgebung besichtigt und die gewonnenen Erkenntnisse in den Fraktionen beraten.

Neues Baugebiet in Diepenau

Diepenau (*gl*) In der abschließenden Planungsphase befindet sich momentan ein neues Baugebiet in Diepenau im Bereich Enge Straße - Rieheweg. Hier soll hauptsächlich Diepenauer Einwohnern die Gelegenheit gegeben werden, in ihrem Heimatort bauen zu können. Sobald genaue Informationen vorliegen, werden diese im GLASKLAR bekanntgegeben.

Liebe Mitbürgerin, lieber Mitbürger,

am 13. Juni sind Sie aufgerufen, die Weichen für ein modernes und gerechtes Europa zu stellen. Mit der fünften Direktwahl zum Europäischen Parlament können Sie dazu beitragen, eine fortschrittliche Parlamentsmehrheit für Europa herzustellen.

Die SPD wirbt um Ihr Vertrauen. Wir sind sicher, daß wir die geeigneten Ideen und Personen haben, die nötig sind, um Europa im Interesse der Menschen zu gestalten und weiterzubringen. So wie in der Vergangenheit, wollen wir auch künftig unsere erfolgreiche Arbeit fortsetzen. Dafür benötigen wir eine sozialdemokratische Mehrheit auch im Europäischen Parlament.

Besonders die Arbeitslosigkeit brennt uns unter den Nägeln. Über 17 Millionen Menschen in Europa sind ohne Arbeit, über vier Millionen davon in Deutschland. Zwar ist Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik zunächst eine nationale Aufgabe, die die Bundesregierung mit dem „Bündnis für Arbeit“ entschlossen und erfolgreich angeht, aber in einem europäischen Binnenmarkt gilt es, die Arbeitslosigkeit durch abgestimmte Maßnahmen gemeinsam zu bekämpfen.

Mit Recht kann man von einem Skandal sprechen, wenn wir daran denken, daß erst jetzt, nachdem in den meisten Ländern der Europäischen Union Sozialdemokraten an der Regierung sind, die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wieder ganz oben auf der politischen Tagesordnung steht. Völlig zu Recht hat die deutsche Ratspräsidentschaft unter Gerhard Schröder Beschäftigung zum Hauptthema des anstehenden Kölner Gipfels der EU gemacht. Unsere Zukunft, sind die jungen Menschen in Europa. Es wäre ein verhängnisvoller Fehler, wenn wir nicht alle Möglichkeiten ergreifen würden, um ihnen die Chancen für ein eigenverantwortliches Leben zu bieten. Jugendarbeitslosigkeit können, wollen und werden wir nicht hinnehmen! Die Bundesregierung ist mit dem Sofortprogramm

für 100.000 Jugendliche in die Offensive gegangen. Im Mittelpunkt dieses Programms steht die Vermittlung von betrieblichen Ausbildungs- und Arbeitsplätzen. Jugendliche, die keine Vermittlungschance haben, sollen durch Qualifizierung in ein Beschäftigungsverhältnis gebracht werden. Dazu gehört auch die Möglichkeit, Schulabschlüsse nachzuholen. Jugendliche, die länger als sechs Monate arbeitslos sind, sollen einen Arbeitsplatz, einen Ausbildungsplatz oder eine geeignete Fördermaßnahme erhalten.

Erste Erfolge sind sichtbar. Schon jetzt sind 75.000 junge Menschen in Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen vermittelt worden. Dabei hilft die Europäische Union mit. Aus Mitteln des Europäischen Beschäftigungspaketes steuert sie 600 Millionen DM zu den etwa 2 Milliarden DM bei, die das Sofortprogramm insgesamt kostet.

Sie sehen: Europäische und nationale Politik sind bereits heute eng miteinander verbunden. Die Wahl zum Europäischen Parlament ist also keinesfalls eine Wahl minderer Qualität. Eine stabile und sozial gerechte Europäische Union ist die Brücke, die uns in das neue Jahrhundert führt.

Der erfolgreiche europäische Einigungsprozeß muß fortgesetzt werden. Garant dafür ist eine starke Sozialdemokratie in Europa. Sie entscheiden am 13. Juni mit Ihrer Stimme darüber, welcher Weg in Europa eingeschlagen wird.

Wir Sozialdemokraten treten für ein freies, soziales, gerechtes und wirtschaftlich starkes Europa ein. Ich bitte sie daher: Machen Sie von Ihrem demokratischen Grundrecht gebrauch und gehen Sie wählen.

Mit besten Grüßen, Ihr

Sebastian Edathy, MdB

Ansprechpartner

Ortsverein Uchte

Mark Westermann Tel. 05763 / 1683
Mindener Straße 92
31600 Uchte

Abteilung Diepenau

Wolfgang Kehlbeck Tel. 05777 / 555
Nordel 120 Fax 05777 / 552
31603 Diepenau

Abteilung Raddestorf

Günter Meier Tel. 05765 / 7179
Raddestorf 23
31604 Raddestorf

Abteilung Warmsen

Karl-Heinz Könemann Tel. 05767 / 93033
Warmsen 112
31603 Warmsen

Abteilung Uchte

Mark Westermann Tel. 05763 / 1683
Mindener Straße 92
31600 Uchte

Regelmäßige Termine

Der **SPD-Ortsverein Uchte** lädt seine Mitglieder regelmäßig zu einer öffentlichen Vorstandssitzung ein. Die Termine werden jährlich festgelegt und die Einladungen dann einmalig an alle Mitglieder verschickt

Die **SPD-Abteilung Diepenau** lädt alle zwei Monate zu einer öffentlichen Versammlung ein, zu der alle Bürgerinnen und Bürger eingeladen sind. Die nächste Versammlung ist am 14. Juli 1999 um 20.00 Uhr im Gasthaus Jürgen Verbarg, Essern.

Die **SPD-Abteilung Uchte** veranstaltet am ersten Mittwoch im Monat einen politischen Dämmerchoppen, zu dem jeder herzlich willkommen ist. Beginn ist jeweils um 19.30 Uhr im Gasthaus "Unter den Linden". Es sollen Erfahrungen ausgetauscht und Anregungen an die Politiker weitergegeben werden.

Herausgeber:

SPD-Ortsverein Uchte
Mindener Straße 92
31600 Uchte

Layout:

Rolf Wesemann
Oliver Werner

Redaktion:

Heinrich Biermann hb
Hans-Jürgen Buschmann hjb
Kerstin Hoberg kh
Horst Kersten ker
Günter Leßmann gl
Juliane Petrich-Bauer jpb
Klaus Seidemann ks
Rolf Wesemann rw
Mark Westermann mw

Verantwortlich i.S.d.P.:

Mark Westermann
Mindener Straße 92
31600 Uchte

Druck:

Druck- und Werbeservice
Brandheide 234
31603 Diepenau

Chef vom Dienst:

Rolf Wesemann

Auflage:

5400 Stück



Demokratie braucht informierte Bürger!